



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/153

5. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Sozialismus und Freiheit (Nachwort zum Berliner Kongress)	S.1
Der kritischste Punkt: Formosa	S.3
Vor 30 Jahren Abstimmung in Ostpreussen	S.4
Ostnachrichten	S.6

Sozialismus und Freiheit

Ein Nachwort zum Kongress für kulturelle Freiheit

C.G. Die Feststellung, dass der Totalitarismus jeder Prägung nicht allein mit Atombomben in Schach gehalten werden kann, ist nahezu zum Gemeinplatz geworden. Aber ebenso verbreitet ist die Meinung, die Sprache der Waffen, seien es die des Kalten oder des Heissen Krieges, müsste die Mäuser zwangsläufig zum Verstummen bringen. Ist das Dilemma ausweglos? Gibt nicht automatisch seine Freiheit und damit sich selbst auf, wer sich in politische Fronten hineindrängen lässt?

Es ist dies immer der rasche Einwand derer gewesen, die die Flucht in den Elfenbeinturm vorziehen. Intellektuellen-Kongresse, die sich dem Raum des Politischen öffnen - meinen sie - entbehren nie eines Beigeschmacks von Peinlichkeit, auch wenn sie nicht der Diktatur ihren Tribut zollen, wie die Befehlsappelle der Dichter und Gelehrten unter dem Nationalsozialismus oder die von der Kominform gelenkten "Friedens"-schauspiele der fellow travellers, sondern sich der Demokratie verpflichtet fühlen. Diese falsche Klugheit endet mit Notwendigkeit immer in Selbstverrat. Die kampflose Kapitulation vor den Feinden der Freiheit schlägt bald in das Kompromiss mit dem gewalttätigen Gegner um, mag er Hitler oder Stalin heißen. Nachdem in Deutschland dieser Prozess als Schulbeispiel abgerollt ist, droht er sich heute an vielen Punkten der Welt zu wiederholen. Deshalb war die Tatsache, dass der Kongress für kulturelle Freiheit ge-

rade in Berlin stattfand, so bedeutsam. Wer nach Berlin kommt, muss bereit sein, eine Absage an jede Unentschlossenheit zu leisten, die sich hinter der Maske hoheitsvoller Abgeklärtheit verbirgt.

Der Kongress hat diese Erwartungen bestätigt. Ohne Bruch strebten die Arbeitssitzungen ihrem Höhepunkt zu. Nach den persönlichen Bekenntnissen von Künstlern und Wissenschaftlern zur Freiheit forderte wie von selbst die zentrale politische Problematik ihr Recht: Die innere Bedrohtheit der westlichen Welt und die Möglichkeit ihrer Überwindung. Es war erfreulich, dass man sich dieser Fragestellung nicht entzog, denn nur dadurch entging man der Gefahr, in den luftleeren Raum geistvoller Geplänkel zu entschweben und wuchs über eine blosser Demonstration hinaus. Damit aber bekannten die Teilnehmer des Kongresses, woher sie auch kamen, Konvertiten des Kommunismus, Christen und Sozialisten, bewusst oder unbewusst, dass sie "links" standen, den alten guten Sinn jenes Begriffes gleichsam um ein neues Moment ergänzend. "Links" zu stehen bedeutet heute auch Absage an jenen Illusionismus, der vor der Entscheidung, gerade der politischen, fliehen möchte. Arthur Koestlers als massive Attacke unternommener Versuch, die Spannung Sozialismus-Kapitalismus und Rechts - Links gegenüber der eigentlichen Alternative Freiheit - Diktatur als bedeutungslos hinzustellen, erhielt damit von vornherein den Charakter des Einseitigen und Überspitzten:

Es wird auch in Zukunft nicht an Versuchen mangeln, den demokratischen Sozialismus von dieser Koestlerschen Position her infrage zu stellen. Das eigentliche Fazit, das Sozialisten aus dem Kongress ziehen sollten, besteht deshalb darin, noch stärker als bisher das demokratisch-sozialistische Grundanliegen herauszuarbeiten und die notwendigen Konsequenzen, die dem Sozialismus im Kampf gegen Totalitarismus jeder Art erwachsen, mit Entschiedenheit in das Bewusstsein der breiten Massen zu bringen. Über die Argumentation zu konkreten Fragen hinaus, wie die der Einigung Europas in der Stellung Labour-Englands dazu, geht es um das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit. Die östliche Diskreditierung des Begriffes Sozialismus stellt dem Sozialismus Europas und der echten Linken der ganzen Welt die Aufgabe, das zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen, was in Berlin bereits ohne grosse Worte bewiesen wurde. Der Freiheitsbegriff des Liberalismus im herkömmlichen Sinne kann dem Ansturm des Totalitarismus nicht mehr begegnen.

Sozialismus heisst nichts anderes als Neuerringung der abendländischen westlichen Freiheit in der gesellschaftlichen Lage unserer Zeit. Die soziale Befreiung der arbeitenden Menschen ist die wichtigste Voraussetzung für die Festigkeit der Demokratie gegenüber dem Anspruch der Diktatur. Die Entdeckung der Würde des gemeinen Mannes, die Alfred Weber als das grosse Verdienst des 18. Jahrhunderts feierte, hat sich nicht nur im geistigen und politischen, sondern auch im sozialen und gesellschaftlichen Raum auszuwirken. Denn "die Freiheit ist überall unteilbar", und am wenigsten lässt sich die Freiheit von Furcht von der Freiheit von Not trennen.

Der kritischste Punkt: Formosa
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Das Eingreifen amerikanischer Flotten-, Luft- und Landstreitkräfte in den koreanischen Krieg hat die Aufmerksamkeit von einem viel kritischeren und gefährlicheren Problem abgelenkt: Formosa. In der Truman-Erklärung über Korea waren am Rande und für den Nichteingeweihten einigermaßen schwer verständliche, aber äusserst schwerwiegende Sätze enthalten, die sich auf Tschiang-Kai-Schek und Formosa bezogen: Es hiess darin: "Ich habe der Siebenten Flotte (-es handelt sich um die im Westpazifik stationierten Einheiten der amerikanischen Pazifikflotte-) befohlen, jeden Angriff auf Formosa zu verhindern. Als natürliche Folge dieser Aktion fordere ich die chinesische Regierung auf Formosa auf, alle Luft- und Seeoperationen gegen das Festland einzustellen. Die Siebente Flotte wird darüber wachen, dass dies getan wird".

Man braucht diese Erklärung nur mit der vom 5. Januar 1950 zu vergleichen, in der Truman bekanntgab, dass die Vereinigten Staaten die national-chinesische Regierung aus Formosa nicht mehr unterstützen werden, um zu verstehen, welcher Wandel sich in diesem halben Jahr in der amerikanischen Haltung vollzogen hat. Mit dem Verbot der Luft- und Seeoperationen gegen das chinesische Festland hat der amerikanische Präsident tief in die Souveränitätsrechte der von Washington immer noch anerkannten Regierung Tschiang-Kai-Scheks eingegriffen, so gering und fragwürdig sie auch sind. Es wäre für Truman ohne weiteres möglich gewesen, auf anderem Wege das gleiche Ziel zu erreichen, ohne vor der Weltöffentlichkeit dem Generalissimus Anweisungen zu geben. Wenn er es dennoch tat, so hat das seinen entscheidenden Grund darin, dass er Mao einigermaßen den amerikanischen Schutz für Formosa tragbar machen wollte. Der Pekinger Regierung verursachen die national-chinesischen Angriffe auf das Festland von Formosa aus mehr Kopfschmerzen als vorher der Widerstand der Landstreitkräfte Tschiang-Kai-Scheks. Diese Sorgen ist Mao jetzt los. Andererseits ist aber zugleich sein Plan, Formosa zu erobern, so lange völlig unmöglich, als die amerikanische Flotte und Luftwaffe den Schutz der Insel übernehmen.

Nun ist aber Formosa unbestreitbar ein Teil Chinas. Und ebenso unbestreitbar ist Mao der Herr Chinas, auch wenn Washington im Gegensatz zu Grossbritannien diese Tatsache amtlich noch nicht anerkannt hat. In allen alliierten Verträgen während des Krieges und nach Kriegsende ist die Zugehörigkeit Formosas zu China bestätigt worden. Es ist

plötzlich eine müßige Frage geworden, ob Mao in der Lage gewesen wäre, Formosa zu erobern. Da er über keine ausreichenden Flotten- und Luftstreitkräfte verfügt, Tschiang-Kai-Schek aber auf Formosa schon seine Elitedivision konzentriert hat, als er auf dem Festland noch kämpfte, stand Mao vor einer sehr schwer lösbaren militärischen Aufgabe. Bei der ungeheueren Überlegenheit der amerikanischen und britischen Flottenstreitkräfte unter dem Befehl McArthurs wäre ein Angriff auf Formosa ein militärischer Wahnsinn.

Dennoch ist mit dem amerikanischen Schutz für Formosa ein weit ernsteres Problem aufgeworfen als mit der Unterstützung Südkoreas. Zwischen Nordkorea und der Sowjetunion besteht kein Militärpakt, wohl aber zwischen Peking und Moskau. Der Kreml ist vertragsmässig also keineswegs verpflichtet, die nordkoreanische Regierung zu unterstützen. Was aber geschieht, wenn Mao - und sei es nur mit einer kleinen verlorenen Schar - Formosa angreift und diese Truppe dann von der amerikanischen Flotte vernichtet wird? Nach sowjetischer Ansicht ist Peking jederzeit berechtigt, die Insel zu erobern, da sie ein Teil Chinas ist. Peking seinerseits kann die sowjetische Hilfe anrufen, wenn seine Truppen bei einem solchen Unternehmen von den Amerikanern angegriffen werden. Moskau könnte sich einem solchen Hilfe-Ersuchen der Regierung Maos, die es als die einzig rechtmässige in China anerkannt hat, schwerlich ohne stärkste Rückwirkungen entziehen.

Die amerikanische Regierung ist sich dieser Gefahren durchaus bewusst gewesen. Sie hat daher vermieden, in ihrer Erklärung über den Schutz der Insel durch die Siebente Flotte schon ausdrücklich ihre Haltung in der Formosa-Frage festzulegen: "Mit der Festsetzung des künftigen Status Formosa muss bis zur Herstellung der Sicherheit im pazifischen Raum, einer Friedensregelung mit Japan oder einer Erörterung durch die Vereinten Nationen gewartet werden".

- - -

Vor 30 Jahren Abstimmung in Ostpreussen

O.H. Am 11. Juli sind 30 Jahr vergangen, seit in den Gebieten Ost- und Westpreussen, auf welche Polen bei den Versailler Vertragsverhandlungen Anspruch angemeldet hatte, die Volksabstimmung stattfand. Während die Provinz Posen und das zur Ostsee führende ehemals westpreussische Korridorgebiet dem neuen polnischen Staat ohne jede Volksbefragung zugesprochen wurden, setzte man in Versaille wenigstens in dem

ostpreussischen Ermland und in den Masuren sowie in den an den polnischen Korridor angrenzenden restlichen westpreussischen Gebieten Ungewissheit darüber voraus, ob hier die deutsche oder die polnische Bevölkerung in der Mehrheit sei. Man glaubte in Versailles, dass die Abstimmung nur eine Formsache für den Anschluss an Polen sein werde. Aber es kam ganz anders: Über 98 v.H. der Stimmen wurden bei der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 für Deutschland abgegeben, während nicht ganz 2 v.H. auf Polen entfielen. Die Staatsmänner der Entente mussten also die für sie wenig freudige Feststellung machen, dass sie bei der Anordnung der Abstimmung von ein paar polnischen Chauvinisten in unverantwortlicher Weise irreführt wurden.

Der Abstimmungskampf war von vielen unerfreulichen Erscheinungen begleitet. Die aus Deutschland zur Abstimmung in ihre west- und ostpreussische Heimat fahrenden Stimmberechtigten waren im polnischen Korridor allerlei Schikanen ausgesetzt, so dass sie zumeist mit dem Schiff in das Abstimmungsgebiet gebracht werden mussten. Als unerfreuliche Begleiterscheinung zeigten sich hier auch die fatalen Folgen der Landflucht aus Ostpreussen. So mussten über 115.000 Abstimmungsberechtigte aus dem Rheinland, Westfalen, Berlin und aus anderen Teilen Deutschlands ins Abstimmungsgebiet gebracht werden.

Der Zeitpunkt war für beide Teile gleich ungünstig. Während Polen gerade in dieser Zeit dem lebensgefährlichen Druck der anstürmenden bolschewistischen Armee ausgesetzt war, lastete auf dem Abstimmungsgebiet die allgemeine Not und Ungewissheit Deutschlands. Auch waren die psychologischen Auswirkungen der Abtrennung des Korridorgebietes, des Posener Landes und Oberschlesiens für das deutsche Volk sehr erheblich. Nichtsdestoweniger war das Abstimmungsergebnis ein einziges Bekenntnis der Bevölkerung zu Deutschland. Selbst der nicht deutschblütige masurische Volksteil Ostpreussens, der noch immer seinen masurisch-polnischen Dialekt sprach, fühlte sich durch seine vielhundertjährige Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis mit Deutschland verbunden und stimmte fast restlos für den Verbleib bei Deutschland. Das Abstimmungsergebnis hat aber auch gezeigt, wie wenig Ahnung die Schöpfer von Versailles von den wahren Verhältnissen in diesem deutschen Land hatten. Der einzige Effekt der Abstimmung war neben dem ungeheuren Materialaufwand eine neue entfachte Verfeindung der Einwohner und ein Erwachen des nationalistischen Hasses.

Betrachtet man angesichts des Abstimmungsergebnisses von 1920

die jetzige Abtrennung nicht nur des damaligen Abstimmungsgebietes, sondern überhaupt des gesamten deutschen Landes östlich der Oder und Neisse, so tritt das ungeheure Unrecht am deutschen Volk und die beispiellose Vergewaltigung des freien Selbstbestimmungsrechte der Völker nach 1945 besonders krass zu Tage. Die Tatsache, dass selbst in den von den Alliierten damals angezweifelte Gebieten nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung sich zu Polen bekannten, unterstreicht mehr als alles andere den deutschen Charakter dieser Gebiete und soll uns Mahnung sein, den deutschen Anspruch darauf immer wieder und bei jeder Gelegenheit zu erheben und niemals einen freiwilligen Verzicht auszusprechen.

- - -

Nachrichten aus
Mittel- und Ostdeutschland:

Vorbereitete Wahlfälschung

sp. In mehreren Städten Sachsens wurde bei der Vorbereitung der Wahlkarteen erklärt, die Auszählung der abgegebenen Stimmen werde nicht in den Wahlbezirken, sondern zentral für eine Stadt vorgenommen. Damit soll verhindert werden, dass eine grosse Zahl von Wahlbeauftragten von dem eigentlichen negativen Wahlausgang, mit dem auch die SEP rechnet, Kenntnis erhält. Die Erfahrung bei den letzten Volkskongresswahlen in der Sowjetzone hat gezeigt, dass Fälschungen am besten in den zentralen Wahlbüros vorgenommen werden können, wo die Zahl der Eingeweihten, die man unter Druck setzen kann, begrenzt ist.

Ausserdem erklärte auf der Landespartei-schule Wettin Bernhard Koenen, man erwäge, die Kandidaten der Einheitsliste nicht namentlich auf dem Wahlzettel anzugeben. Der Zweck ist klar: Auf diese Weise sollen Misstimmungen, die in der Bevölkerung gegenüber einigen "fortschrittlichen" SEP-Funktionären bestehen, unwirksam gemacht werden. Desgleichen beabsichtigt man, auf den Namenslisten die Angabe der Parteizugehörigkeit der einzelnen Kandidaten wegzulassen.

- -

Kulturpolitischer Wegweiser. (sp.) Der SEP-Landesvorstand von Sachsen-Anhalt hat allen Kulturfunktionären der SEP, der MAS, Volksbühne, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und des Kulturbundes eine Liste zugestellt, die die Namen westlicher Künstler enthält, deren Werke bei ostzonalen Veranstaltungen nicht aufgeführt werden dürfen. Auf dieser Liste stehen - mit kurzen Charakteristiken -
André Gide: Feind der SU, Stefan George: dekadenter Träumer und Verfechter eines germanischen Unfehlbarkeitsmythos, Ignaz Joh. Paderewski: Polnischer reaktionärer Chauvinist und Feind der SU, Rainer Maria Rilke: Unfruchtbarer, volksfremder Lyriker, Jean Paul Sartre: Exponent der kapitalistischen Untergangsstimmung, Igor Strawinsky: Unversöhnlicher Feind der SU und der Volksdemokratien, Arturo Toscanini: National entwurzelter Dirigent mit westlichen Tendenzen.

- - -